



SPREEREHELL

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ K. Marx

ZEITUNG DER DKP FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

➔ FEBRUAR 2013



14.02.
2013

WIR
BLEIBEN
ALLE!

ZWANGSRÄUMUNG VERHINDERN!

Solidarität mit Familie Gülbol!

→ „Zwangsräumungen verhindern!“ Diese Losung war im vergangenen Jahr zweimal erfolgreich. Zweimal wurde der fünfköpfigen Familie Gülbol in der Lausitzer Straße 8 die Räumung angekündigt – zweimal konnte das durch ein breites Bündnis verhindert werden. Nun steht der dritte Termin fest. Am 14. Februar heißt es wieder: **Zwangsräumung verhindern – Gemeinsam, solidarisch und entschlossen. Kommt alle!**

Angebliche Verzögerungen bei der (längst erfolgten) Nachzahlung einer Mieterhöhung lieferten den Vorwand. Am 22. Oktober kam die Gerichtsvollzieherin, um die Gülbols auf die Straße zu werfen – und scheiterte am Protest eben dieser Straße. Sitzblockaden von nahezu 200 Menschen verhinderten bereits am frühen Morgen ihr Vordringen. Sie gab auf und zog ab – die erste erfolgreiche Verhinderung einer Zwangsräumung in Berlin!

DEN KIEZ DICHT MACHEN!

Der Tagesspiegel kommentierte beunruhigt: „Die linke Szene feiert eine verhinderte Zwangsräumung in Kreuzberg wie einen Sieg“. Das rechte Blatt registrierte sehr wohl: Das Geheimnis dieses Sieges liegt in der Mobilisierung weit über die „Szene“ hinaus. Zahlreiche Berlinerrinnen und Berliner haben begriffen, dass sie sich den Mietpreistreibern, Banken und Staatsorganen aktiv entgegenstellen müssen, und zwar dort, wo diese ihre „Ansprüche“ am brutalsten durchsetzen und die Unverletzlichkeit der Wohnung angreifen.

Der zweite Räumungstermin war für den 12. Dezember angesetzt. Wieder wurde zur friedlichen Sitzblockade aufgerufen. Zahlreiche Nachbarn und Sympathisanten, Läden, Mieterinitiativen, Politiker, der Sportverein
➔ Fortsetzung Seite 2



ANTIFASCHIST IM STAATLICHEN FADENKREUZ

Solidarität mit Tim!

22 Monate Haft ohne Bewährung soll der Berliner Tim H. erhalten, obwohl die Polizeibeamten sich an nichts Genaueres erinnern. Staatsanwaltschaft und Richter in Dresden „wissen“ hingegen: Der 36jährige soll am 19. Februar 2011 mit einem Megaphon Demonstranten zum Durchbrechen einer Polizeikette aufgefordert haben, um einen Naziaufmarsch zu verhindern. Also nur Behauptungen – zumal der Hauptbelastungszeuge festgestellt hat, dass es sich bei dem Aufrufer nicht um Tim handele. Tim ist unschuldig, daher wird er auch in Revision gehen. Die Staatsanwaltschaft allerdings auch. Ihr ist das Urteil zu milde. Es liegt auf der Hand: Der Freistaat Sachsen will ein Exempel statuieren kurz vor dem Nazi-Aufmarsch am 13.2. in Dresden. Wir sagen: Nazis blockieren ist unser Recht – Solidarität mit Tim! Das Bündnis „Dresden nazifrei!“ ruft zu Spenden für die Prozesskosten auf.

SPENDENKONTO

Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Konto: 7403887018

BLZ: 10090000, Berliner Volksbank

Stichwort: Freistaat

O-TON

„Ich (...) glaube nicht, dass die Bundeswehr im Norden kämpfen kann und sollte in Mali, aber das heißt nicht, dass die militärische Beihilfe Deutschlands tatsächlich ausbleiben kann.“

Omid Nouripour (Mitglied des Bundestages, Bündnis 90/Grüne) am 23.01.13 im ZDF-Morgenmagazin zum Einsatz von Transallmaschinen der Bundeswehr in Mali.

TERMIN-PINNWAND

➤ **DO, 07. FEBRUAR 19.30 UHR, SACCO & VANZETTI**

Roter Stammtisch der DKP Friedrichshain-Kreuzberg: Sacco und Vanzetti. Die Geschichte zweier US-amerikanischer Anarchisten, die in den 1920er Jahren landesweite Streiks und Demonstrationen organisierten, um gegen die Herrschaft des Kapitals zu kämpfen. Mit Vortrag und Film. **ORT:** Café Commune, Reichenbergerstraße 157, Kreuzberg, U1+U8 Kottbusser Tor.

➤ **MO, 11. FEBRUAR, 19.00 UHR WIR SIND ALLE „DRESDEN NAZIFREI“!**

Soliparty für den Berliner Antifa Tim H. (siehe Seite 1) **ORT:** Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Straße 130

➤ **FR, 01. MÄRZ, 20.00 UHR 80 JAHRE REICHSTAGSBRAND**

Wie Hitler an die Macht kam – und sein Ende! **REFERENT:** Bernd Langer (Kunst und Kampf) **ORT:** Zielona Gora, Grünbergerstraße 73, Nähe Boxhagener Platz, Friedrichshain

➤ Fortsetzung von Seite 1

Türkiyemspor und Kulturschaffende bekundeten öffentlich ihre Bereitschaft, sich an den Blockaden zu beteiligen, obwohl mit einem Großeinsatz der Polizei zu rechnen war. Der Kiez sollte dicht gemacht werden, die Beamten draußen bleiben. Doch dazu kam es nicht: Am 3. Dezember kam die Nachricht, dass auch der zweite Räumungsversuch ausgesetzt wird, – wegen „formaler Unklarheiten“. Eine weitere angedrohte Zwangsräumung am Kottbusser Tor durch die GSW wurde ebenfalls auf unbestimmte Zeit verschoben.

MORGENS, IN ALLER FRÜHE ...

Nein, das war kein Zufall. Sie haben Schiss vor dem Druck der Straße, vor unschönen Bildern, aber vor

allem davor, dass der Widerstand gegen Zwangsräumungen zum Vorbild wird und wächst. Dabei ist längst klar: Weitere Zwangsräumungsversuche werden nicht mehr in aller Stille vor sich gehen können – weder bei Familie Gülbol noch anderswo.

Deshalb treffen wir uns auch am Donnerstag, den 14. Februar in aller Frühe vor dem Haus der Familie Gülbol in der Lausitzer Straße 8. Bringt Eure Freunde, Kollegen und Familien mit und zeigt Solidarität mit Familie Gülbol. Ihr Kampf ist unser Kampf für das Recht auf bezahlbaren Wohnraum – für das Recht auf Wohnen!

AKTUELLE INFOS:

zwangsraeumungverhindern.blogspot.de

DROHNEN-EINSATZ GEGEN DEMONSTRANTEN

Senat will Polizeiüberwachung ausweiten.

→ Aktuell darf die Polizei auf Demos nur filmen, wenn von den Teilnehmern mutmaßlich eine „erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung“ ausgeht. So entschied es das Verwaltungsgericht 2010. Nun soll das Filmen grundsätzlich ermöglicht werden. Dies wurde zwar schon in der Vergangenheit wiederholt praktiziert, im vergangenen Jahr aber kassierte die Polizei dafür eine Rüge des Verwaltungsgerichts.

Unter anderem waren Aufnahmen der Demonstrationen gegen die Vorratsdatenspeicherung in den Jahren 2009 und 2010 ohne rechtliche Grundlage erfolgt. Laut dem von Innensenator Henkel (CDU) vorgelegten Gesetzentwurf gehe es darum, Einsätze mit Übersichtsaufnahmen „besser koordinieren zu können“, und angeblich nicht um Aufnahmen einzelner Demonstran-



ten. Das Gesetz verbietet denn auch, die Aufnahmen zu speichern. Ob sich irgendwer daran halten wird, ist jedoch mehr als zweifelhaft. Außerdem soll laut Gesetzentwurf zukünftig auch der Einsatz von Drohnen zum Filmen ermöglicht werden. Der Gesetzentwurf muss noch im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses beraten werden. Die Oppositionsparteien denken nun im Gegenzug über Lockerungen des Vermummungsverbots nach. Eine angemessene Reaktion, wie wir finden.



GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN

*Solidarität mit den Flüchtlingen am O-Platz
und in der Ohlauer Straße!*

→ Mehr als einhundert Flüchtlinge aus der ganzen Republik haben sich in Kreuzberg in einem Dauercamp auf dem Oranienplatz eingerichtet, um gegen rassistische Sondergesetze zu kämpfen.

Sie fordern die Anerkennung aller Asylsuchenden als politische Flüchtlinge, einen generellen Abschiebestopp sowie die Abschaffung der Residenz- und der Lagerpflicht. Und: Sie wollen bleiben, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

ZIVILER UNGEHORSAM

Bei ihrem Marsch von Würzburg nach Berlin im Herbst vergangenen Jahres haben sie gemeinsam bewusst gegen die Residenzpflicht verstoßen, die es Flüchtlingen verbietet, ohne Sondergenehmigung den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Sie haben sich durch diesen zivilen Ungehorsam der Gefahr ausgesetzt, jederzeit festgenommen und abgeschoben zu werden. Bisher ist das nicht geschehen. Zwar gab es eine Reihe von zum Teil brutalen Übergriffen der Polizei, insbesondere am Brandenburger Tor, wo eine Gruppe von Flüchtlingen zwischenzeitlich in einen unbefristeten Hungerstreik getreten war, aber auch bei Protesten vor den Botschaften Nigerias, Sudans und des Iran. Am Ende konnten die Flüchtlinge aber bislang immer wieder zu ihrem Dauercamp auf dem Kreuzberger

Oranienplatz zurückkehren, wo sie weitgehend unbehelligt sind.

GEGEN JEDE SPALTUNG!

Die Zeltstadt dort wird durch den grünen Bürgermeister Franz Schulz geduldet. Und auch als die Flüchtlinge, die über Wochen feste Quartiere für die Wintermonate gefordert hatten, Anfang Dezember die leerstehende Gerhart-Hauptmann-Schule an der Ohlauer Straße im Reichenberger Kiez besetzten, kam es nicht zur Räumung. Die Schule dient den Besetzern seitdem als Nachtquartier und Rückzugsraum. Schulz war zwar keinesfalls begeistert, aber einen Polizeieinsatz, in dem Kiez, in dem nur zwei Straßen weiter gerade die Zwangsräumung von Familie Gülbol verhindert worden war (siehe Seite 1), wollte er sich wohl auch nicht leisten. Auch die Versuche der Medien, den Kiez gegen die Flüchtlinge aufzubringen, weil in der Schule soziale Projekte – ein entsprechendes Auswahlverfahren ist eingeleitet – Platz finden sollten, lief ins Leere. Und so soll es auch bleiben!

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Flüchtlinge und unterstützen sie in ihrem mutigen Kampf. Wir rufen alle dazu auf: Besucht die Flüchtlinge, informiert euch über ihre Forderungen und Kämpfe und fragt, wie ihr sie unterstützen könnt!

MEHR INFOS:

refugeecongress.wordpress.com

100 % TEMPELHOFFER FELD!

*Tempelhofer Feld-
Volksbegehren gestartet*

Die Bürgerinitiative „100 Prozent Tempelhofer Feld“ hat innerhalb von nur fünf Wochen 27.554 Unterschriften gesammelt (Stand: 29.01.). Für die erste Phase des Volksbegehrens sind 20.000 gültige Unterschriften notwendig. Die Berlinerinnen und Berliner haben damit ein deutliches Zeichen an den Senat gesendet: Sie sind gegen die Bebauung des ehemaligen Flughafengeländes Tempelhof.

Die Planung des Senats hingegen sieht so aus: Errichtung eines Luxusquartiers „mit hoher Lebensqualität“ mit Gewerbe, Freizeittätten und angeblich „4.700 bezahlbaren Wohnungen“. Die Immobilienbranche hofft also auf eine ertragreiche Ernte. Ziel des Volksbegehrens ist der gesetzliche Ausschluss einer Bebauung des ehemaligen Flughafengeländes bis auf Bänke, Sportplätze oder Gemeinschaftsprojekte. Es geht um die Bewahrung eines Freizeit- und Naturareals! Neben den Projekten des Senats wie dem Bau einer neuen Landesbibliothek für 270 Millionen Euro liefern vor allem private Interessenten abenteuerliche Ideen: zum Beispiel das Projekt „Wavegarden“- eine künstliche Wasserbahn zum Wellenreiten. Im Herbst soll ein 800 Meter breites, sichelförmiges Regenwasserbecken entstehen. Die Bürgerinitiative will sich von solchen Plänen nicht beirren lassen, ihr Vorgehen erhält großen Zuspruch. So begrüßt selbst das Bezirksparlament Tempelhof-Schöneberg das Volksbegehren. Falls die Initiative zugelassen wird und in der zweiten Stufe 170.000 Unterschriften zusammenbekommt, ist ein Entscheid für 2014 zu erwarten.

MEHR INFOS: thf100.de

DKP



Leben und kämpfen in Friedrichshain- Kreuzberg

Die DKP-Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg ist ein ziemlich bunter Haufen: von gerade mal über 20 bis über 80 Jahre alt, aus der DDR, Berlin und der alten BRD.

Wir sind in verschiedenen Bewegungen aktiv:

- Gegen Nazis engagieren wir uns in der „Initiative gegen Rechts“ in Friedrichshain.
- Beim Berliner Wassertisch sind wir aktiv dabei und kämpfen gegen die Privatisierung unseres Wassers.
- Wir wehren uns gegen hohe Mieten und Verdrängung in unseren Kiezen.

Uns eint ein Gedanke: Dieses Gesellschaftssystem überwinden! Wir wollen Sozialismus, eine Welt, in der die immer größer werdenden Probleme besser bzw. überhaupt zu lösen sind! Dafür braucht man eine entschlossene Partei – für uns ist dies die DKP. Es gibt immer eine Menge zu tun. Eigentlich fehlt uns immer nur noch eine/r: **Und das bist Du!**

➤ KONTAKT & IMPRESSUM:

DKP Friedrichshain-Kreuzberg
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Web: dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de

V.i.S.d.P.: M. Größ, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

➤ OFFENES TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Commune, Reichenberger Str. 157, Kreuzberg, U-Bahn Kottbusser Tor



KLASSENGEGNER ZUM AUSSCHNEIDEN & SAMMELN

DIE EVANGELISCHE KIRCHE

Evangelische Kirche organisiert das Aus für Obdachlosenzentrum in Friedrichshain.

→ In Berlin, Hauptstadt der Obdachlosigkeit, herrscht das Faustrecht der Hauseigentümer, kein Recht auf Wohnen. Unterdessen liefern schon kritische Weltanschauungen Kündigungsgründe. Das bekommen auch gemeinnützige Einrichtungen zu spüren. Die evangelische Kirche will als Vermieterin jetzt sogar darüber bestimmen, wer über staatliche Mittel verfügt und wer nicht.

Seit Einbruch der Kälteperiode fehlt es an Notunterkünften. Charlottenburg-Wilmersdorf kündigte deshalb die Beschlagnahme leerstehender Räume an. Solche Maßnahmen sind überfällig. Sozialstadtrat Engelmann (CDU): „Wir befinden uns in einer sehr dringenden Notlage“. Die Zahl der Menschen, die kein Dach überm Kopf haben und von der Räumung ihrer Wohnung bedroht sind, steigt immer mehr.

Die Stadtmission geht von 10 000 Obdachlosen aus. Schlafmöglichkeiten liegen weit darunter. Ursache ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt, so Lina Gühne von der Kältehilfe. Den Betroffenen wachsen Mietschulden plötzlich über den Kopf. Aber auch freien Trägern und Bezirken werden Räume gekündigt - meist für lukrative Neuvermietung. Zum wirtschaftlichen Terror kommt der ideologische.

Jetzt steht eine Obdachloseneinrichtung am Ostbahnhof mit ärztlicher und zahnärztlicher Betreuung sowie Notunterkünften vor dem Aus. Betreiber ist die Gesellschaft MUT (Berliner Ärztekammer). Auf öffentliche Zuwendungen angewiesen, fand sie im religionskritischen Humanis-



Wenn Ungläubige Obdachlose unterstützen, ist bei der Evangelischen Kirche Schluss mit Nächstenliebe.

tenverband einen neuen Träger. Die evangelische Kirche, Vermieterin der Räume, kündigte sofort. Kirchensprecher Jastrzembski: Humanistische Weltanschauung sei für die Kirche so unannehmbar, wie „die Einrichtung eines Bordells oder einer Waffenfabrik“.

In „sozialen Einrichtungen“ dieser üppig subventionierten Kirche herrschen Lohndumping und Streikverbot. Vor kurzem erst predigte Oberpfaffe Joachim Gauck der „glückssüchtigen Gesellschaft“ zu ertragen, „dass es wieder deutsche Gefallene gibt“. Kein Wort über Waffenfabriken.

Mit humanistischer Praxis hat das in der Tat nichts zu tun. Auch als Vermieterin kommt die Kirche ihrer Sozialverpflichtung nicht nach. Die Wilmersdorfer Lösung wäre auch am Ostbahnhof die richtige: Beschlagnahme der kirchlichen Räume.